Deutscher Reichstag.

181. Sitzung vom 20. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Goßler.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt bei dem Etat über den allgemeinen Pensionsfonds.

Dazu liegen verschiedene Resolutionen vor.

Abg. **Augst** (frs. Vp.) beantragt, die Pensionirung von Offizieren einzuschränken und sie namentlich nicht aus dem Grunde allein vorzunehmen, weil ein Offizier, der sich für seine bisherige Dienstzeit als genügend befähigt erweist, für die nächsthöhere Dienststellung nicht geeignet erscheint.

Abg. **Bebel** (Soz.): Der Abg. Dr. Lieber hat dem General v. Viebahn neulich seinen besonderen Dank ausgesprochen für die Mittheilung der Grundsätze, die bei der Pensionirung maßgebend seien und hat den Antrag Augst abgelehnt. Ich meine, es wäre des Reichstags unwürdig, wenn wir nicht das Recht haben sollten, an diesen Grundsätzen Kritik zu üben. Handelt es sich doch um einen Etat von 250 Millionen. Die Zahl der Pensionen ist ungemein groß; es genügt die einfache Uebergehung im Avancement, um den Offizier moralisch zur Einreichung seines Abschieds zu zwingen. Ein solcher Zwang besteht thatsächlich, wie sehr man ihn auch in Abrede stellen möchte. Ich erinnere nur an den bekannten Brief eines bayrischen Offiziers, der kürzlich durch die Zeitungen ging. Selbst die „Hamburger Nachrichten" haben kürzlich sich gegen die zunehmende Zahl von Pensionirungen in der deutschen Armee ausgesprochen. Wenn etwa in den beiden letzten Jahren die Verhältnisse etwas günstiger gewesen sein sollten, so erklärt sich das hinreichend aus der Heeresverstärkung. Der blaue Brief macht es stets dem Offiziere zur Pflicht, irgend einen Fehler zu entdecken, der ihn felddienstuntauglich macht, und das wird vom Arzt nach genauer Untersuchung stets gern bestätigt. (Heiterkeit.) Einem gemeinen Soldaten, der sich während seiner Dienstzeit ein Uebel zugezogen hat, werden dagegen bei der Feststellung die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, und er wird, wenn irgend möglich, ohne Pension nach Hause geschickt.

Inzwischen ist folgender Antrag **Gröber's** (Ctr.) eingelaufen:

Den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die vom Bundesrath festzustellenden allgemeinen Grundsätze über die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden, sowie bei den aus Mitteln der Gemeinden unterhaltenen Instituten mit Militäranwärtern unbeschadet der Erreichung des gesetzlichen Zweckes einer ausreichenden Versorgung der Militäranwärter eine Fassung erhalten, welche eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden vermeidet und die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten thunlichst berücksichtigt.

Abg. **Galler** (südd Vp.): Mit allen statistischen Nachweisen kann die Regierung die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sich die Pensionirungen seit 1887/88 nahezu verdoppelt haben. Das nennt man in der Volkssprache ein lawinenhaftes Anwachsen eines Belastungsfonds, den das Volk zahlen muß. Es ist traurig, daß in Württemberg der Ehrenkodex den Divisionären vorschreibt, den Abschied zu nehmen; für die Civilbeamten besteht ein solcher Ehrenkodex nicht; sie dürfen nicht im Unmuth die Waffen strecken, sondern müssen dem Vaterlande dienen, so lange ihre Kraft dazu ausreicht. Bezahlen Sie denn die Pensionen, Herr Kriegsminister? Die Kompetenz des Reichstags in dieser Frage sollte uns das Centrum nicht bestreiten; unser Antrag ist nämlich kein Originalantrag, er ist wörtlich abgeschrieben von einem gleichen Antrage, den das Centrum in der bayrischen Kammer eingebracht hat. (Hört! hört!)

Kriegsminister **v. Goßler:** Wir sollten doch in dieser Frage nichts auf die Spitze treiben; der Reichstag hat seine Rechte und der Kaiser auch, und auf diese Rechte hat der Antrag keinen Einfluß. (Sehr gut! rechts und Hört, hört! links.) Dem Kaiser steht die Beurtheilung der Qualifikation seiner Offiziere zu, und es ist seine Pflicht, für eine gleichmäßige Qualifikation zu sorgen. Darüber kann kein Zweifel sein. Man hat uns dann aus der Militärkonvention mit Württemberg den Vorwurf des Partikularismus gemacht. Wir haben das Offiziercorps des württembergischen Artilleriecorps in den größeren Verband der preußischen Armee aufgenommen, um den Offizieren Gelegenheit zum Avancement zu geben. Wie man uns daraus den Vorwurf des Partikularismus machen kann, verstehe ich nicht. Mit dem blauen Brief scheint Herr Bebel nicht Bescheid zu wissen; der blaue Brief bedeutet für den Major die Beförderung; die Gründe des Nichtavancements aber werden mündlich mitgetheilt. Kein Offiziercorps ist aber jemals berechtigt gewesen, die Beförderung nach der Anciennetät zu verlangen; das Recht der Beförderung außerhalb der Anciennetät haben sich die obersten Kriegsherren stets vorbehalten. Vorschriften, die den Offizier nöthigten, bei Uebergehung im Avancement seinen Abschied zu nehmen, bestehen, wie ich schon früher versichert habe, nicht. Nicht richtig ist es auch, wenn der Abg. Bebel behauptet, es würde bei der Pensionirung ein Unterschied zwischen dem einfachen Soldaten und dem Offizier gemacht. Eine Vergleichung der Pensionirungen, die in den letzten zehn Jahren stattgefunden haben, würde ihm zeigen, daß auch die gemeinen Soldaten im Falle der Dienstunfähigkeit im reichsten Maße die Wohlthat der Pensionirung genießen. (Beifall rechts.)

Württembergischer Kriegsminister **Schott v. Schottenstein** betont, daß der Partikularismus bei den Offizieren der württembergischen Armee niemals einen Widerhall finden würde.

Regierungskommissar General **v. Viebahn** legt nochmals an der Hand statistischer Nachweise dar, daß die Zahl der Pensionirungen keinen übermäßigen Zuwachs erfahren hätte.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.) bemerkt, Abg. Galler habe seine vorgestrige Aeußerung vollkommen mißverstanden. Es sei ihm nie eingefallen, zu behaupten, dem Reichstag gehe die im Antrag Augst berührte Angelegenheit nichts an. Der Reichstag habe in seinem Budgetrecht immer ein Mittel an der Hand, zu übermäßig eintretenden Pensionirungen dadurch entgegenzutreten, daß er an anderen Stellen des Etats Ersparnisse eintreten lasse, die den Träger der höchsten Kommandogewalt zur Erwägung darüber veranlassen könnte, ob er nicht im Interesse anderer Ausgabezwecke weniger Pensionirungen eintreten lassen könne. Der Reichstag werde seinen Platz dann am besten ausfüllen, wenn er die Rechte der anderen gesetzgebenden Faktoren im Reiche nicht antastet, sondern eine vermittelnde Stelle einnimmt. In das Recht der höchsten Kommandogewalt als solches würden sie sich niemals mischen. Sie seien nicht die Männer, irgend ein Recht der Krone zu verletzen.

Abg. **Bebel** (soz.) meint, die Aeußerungen des Abg. Lieber bewiesen ihm, daß er doch in seinen Aeußerungen vorgestern etwas weiter gegangen sei, als er habe gehen wollen. Der Vorredner habe sich jetzt dafür nur gewissermaßen entschuldigt. Wunderbar sei der Gegensatz zwischen der Erklärung des Abg. Lieber und der Thatsache, daß doch das bayerische Centrum in der bayerischen Kammer denselben Antrag gestellt habe, wie jetzt Abg. Augst hier. Das sei ein Widerspruch, über den Abg. Lieber nicht hinwegkomme. Der Reichstag stehe dabei an konstitutioneller Bedeutung hinter der bayerischen Kammer nicht wenig zurück. Der Reichstag sei sich seiner Würde nicht genug bewußt. Seine Behauptungen, daß es den Offizieren jehr leicht gemacht werde, ein ärztliches Qualifikationsattest behufs Pensionirung zu erhalten, müsse er aufrecht erhalten. Dagegen möchte er nochmals, nach vielen ihm bekannt gewordenen Fällen, beim Kriegsminister eine Aenderung des für die Pensionirung der gemeinen Soldaten geltenden Vorschriften anregen.

Abg. **Galler** (südd. Volksp.) bemerkt, dem Abg. Dr. Lieber sei es nicht gelungen, seine Ansicht zu widerlegen, daß er gouvernementaler sei als seine Kollegen in Bayern, unter denen ein Prinz selbst seine Zustimmung zu dem Antrage gegeben habe. Als Redner nochmals auf die Zahl der Pensionirungen eingeht, erwidert Generallieutenant **von Viebahn**, er bestreite die Zunahme der Pensionirungen nicht, er hätte aber schon in der Budgetkommission auf den Unterschied hingewiesen, der zwischen den thatsächlichen und den im Etat angesetzten Ausgaben bestehe, und werde später darauf noch eingehen. Den dienstuntauglichen gemeinen Soldaten würde das größte Wohlwollen bei der Pensionirung entgegengebracht; eine Grenze müsse aber selbstverständlich auch hier gelten.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.) führt aus, der Antrag der bayerischen Kammer lasse sich mit diesem nicht vergleichen, weil die Vorauflegungen zu den Anträgen, die in der bayerischen Verfassung zu suchen seien, verschieden wären von denen, die zu dem Antrage Augst geführt hätten.

Abg. **Bebel** (Sozialdem.) bringt noch einen Fall zur Sprache, in welchem einem gemeinen Soldaten durch die Verweigerung der Pension Unrecht geschehen sei.

Abg. **Weiß** (frs. Vksp.) befürwortet den Antrag Gröber. Die jetzigen Bestimmungen über die Anstellung der Militäranwärter bedeuteten einen tiefen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Städte und hätten in Süddeutschland eine große Erregung hervorgerufen. Bisher waren die Gemeinden nur angehalten, bei Besetzung amtlicher Stellen im Gemeindedienste auf die Militäranwärter Rücksicht zu nehmen; jetzt müssen sie sogar diese Stellen für die Militäranwärter offen halten. Man setze damit auf die Civilbehörden sozusagen eine militärische Behörde; das sei den süddeutschen Städten unerträglich. Den Militäranwärtern fehle die Personen-, Sach- und Ortskenntniß, die der ortsangesessene Beamte habe; diese Herren, die jahrelang am Befehlen gewesen seien, brächten auch nicht den Umgangston mit sich, den wenigstens das süddeutsche Publikum von Beamten verlange. (Sehr richtig!) Der § 77 des Militärpensionsgesetzes widerspreche auch der Verfassung, insofern als er nicht ohne weiteres auf das bayerische Heer ausgedehnt werden könne.

Staatssekretär **v. Bötticher** verweist darauf, daß der § 77 Reichsrecht geworden ist und also auch der Verfassung entspreche. Um die bayrische Armeeverwaltung handle es sich nicht, sondern nur um die Bestimmung, daß die Gemeinden dem Militärstande nicht mehr angehörige Personen in den Gemeindedienst zu übernehmen hätten. Der Entwurf der Ausführungsbestimmungen sei den Bundesregierungen zur Prüfung unterbreitet worden, damit sie noch ihre Einzelwünsche geltend machen könnten. Es hätten sich noch nicht alle Bundesregierungen geäußert; die Mehrzahl aber hätte sich auf den Boden des Entwurfs gestellt. Es würden dann später die endgiltigen Bestimmungen zwischen den Bundesstaaten vereinbart werden, und das möge dem Vorredner die Beruhigung geben, daß alle Wünsche der Einzelstaaten berücksichtigt werden. Vielleicht dienten diese Ausführungen dazu, den Herrn Vorredner zu beruhigen.

Abg. **Gröber** (Ctr.) betont, er hätte schon in der Kommissionsberathung s. Z. bestritten, daß der § 77 auf die Gemeindebeamtenstellen ausgelegt werden könne; damals aber sei sein Antrag infolge der beruhigenden Erklärungen des Generals von Spitz nicht durchgedrungen. Es liege nun allerdings eine rechtskräftige Bestimmung vor, kraft deren der Bundesrath die von Staatssekretär erwähnten Bestimmungen erlassen könne; Reichsrecht gehe vor Bundesrecht. Es könne sich also nur noch um die Modalitäten der Ausführung handeln und da sollte man doch den Gemeinden wenigstens nicht fremde Leute als Beamten aufdrängen, die die Verhältnisse gar nicht kennten. In Süddeutschland sei man noch nicht so an die Anstellung der Militäranwärter gewöhnt wie in Preußen, und deshalb richte sein Antrag an die Reichsregierung das Ersuchen, diese Verhältnisse den süddeutschen Gemeinden erträglicher zu machen.

Abg. **Weber**-Heidelberg (natlib.) wünscht, daß der vom Staatssekretär v. Bötticher in Aussicht gestellte Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum § 77 auch dem Reichstag zur Prüfung vorgelegt werden möchte.

Abg. **Marbe** (Ctr.) bittet um einstimmige Annahme der Resolution Gröber.

Abg. Dr. **Förster** (Antis.) schließt sich den vorgestrigen Anregungen der Abgg. v. Schöning und Grafen Oriola an bezüglich der Nichtanrechnung der Invalidenpension auch bei der Anstellung im Staatsdienste.

Generallieutenant **v. Viebahn** erwidert, seiner vorgestrigen Erklärung nichts hinzufügen zu können. Es sei nach der Novelle von 1893 zur Zeit nicht angängig, gesetzgeberisch auf diesem Wege noch weiter vorzugehen.

Abg. **Bueb** (Soz.) erklärt sich für den Antrag Gröber und hofft, daß auch die reichsländische Regierung in diesem Sinne ihre Wünsche bezüglich der Ausführungsbestimmungen zu § 77 geltend machen werde.

Abg. **Osann** (natlib.) bemerkt, seine Partei werde der Resolution des Abg. Gröber zustimmen.

Abg. Graf **v. Oriola** (natlib.) bedauert, daß der Generallieutenant v. Viebahn die Aufbesserung der Invalidenpensionen so kurzer Hand verneint habe. Er hätte eine wohlwollendere Behandlung der Wünsche der Invaliden gewünscht.

Generallieutenant **v. Viebahn** erklärt, es käme hierbei nicht auf sein Wohlwollen an; er hätte nur die Stellung der verbündeten Regierungen zum Ausdruck gebracht.

Nachdem Abg. Dr. **Förster** (Antis.) nochmals seine Wünsche um Aufbesserung der Invalidenpensionen betont hat, wird der Antrag Augst gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien und der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Gröber mit großer Mehrheit angenommen.

Der Rest des Etats über den Pensionsfonds wird nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Etat des Auswärtigen Amts.)

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 20. Februar. 11 Uhr.

Am Ministertische: Schönstedt u. a.

Präsident **v. Köller** theilt mit, daß Ministerpräsident Fürst Hohenlohe vom Glückwunsch des Abgeordnetenhauses angenehm berührt gewesen sei und seinen verbindlichsten Dank für die Gratulation ausspreche.

Die zweite Berathung des Etats der Justizverwaltung wird fortgesetzt beim Kapitel „Landgerichte und Amtsgerichte."

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.) weist auf das Uebermaß an Schreibthätigkeit hin, das den Amtsvorstehern und anderen in einem Ehrenamte thätigen Personen durch die polizeilichen Ermittelungen erwachse, und beklagt, daß es an kleineren Amtsgerichten so schwierig sei, geeignete Amtsanwälte zu finden. Man sei daher vielfach gezwungen, Kommunalbeamte zu dieser Funktion zu nehmen, die mit ihrem Kommunalamte nicht recht übereinstimmen. Man möge doch die überflüssigen Assessoren gegen Diäten zu solchen Arbeiten und Aemtern benutzen. Dann lägen auch die Geschäfte der Amtsanwaltschaft und die polizeilichen Ermittelungen in sachkundigen Händen. Dadurch würden in vielen Fällen Gerichtskosten, Zeugenvernehmungskosten und Reisekosten gespart, da dann viele überflüssige Reisen und Zeugenvernehmungen nicht stattfinden würden.

Minister **Schönstedt:** Die Justizverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß den Amtsvorstehern nur in beschränktem Maße gerichtliche Ermittelungen auferlegt werden sollen, soweit es ihre sonstigen Amtsgeschäfte gestatten. Es sind auch bereits Verfügungen erlassen worden, welche auf den Gesichtspunkt aufmerksam machen, daß die gerichtlichen Ermittelungen nur ein Theil der Thätigkeit der Amtsvorsteher sein sollen und nicht in zu großem Umfange den Amtsvorstehern zugetheilt werden sollen. Bestimmte Klagen sind seit Erlaß dieser Verfügungen nicht an die Staatsregierung gekommen. Zu der Anregung des Vorredners, betreffend die Verwendung von Assessoren, kann ich noch keine Stellung nehmen. Doch werde ich die Sache in Erwägung ziehen. Es ist übrigens schon früher einmal ein Versuch im Sinne des Vorredners gemacht worden, aber mit geringem Erfolge, was daher kommt, weil die in solchen Funktionen zugebrachte Zeit den Assessoren nicht auf das Dienstalter angerechnet wird. Darin bringt jedoch jetzt das neue Richterbesoldungsgesetz eine Besserung. Wir haben aber auch schon eine Reihe von Amtsanwaltsstellen im Hauptamt neuerdings ins Leben gerufen und an einer Reihe von Orten die Staatsanwaltschaft mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Amtsanwalts betraut.

Auf eine Anfrage des Abg. **Seydel** (nl.) erwidert

Geheimrath **Berkow**, daß die Bildung von mehreren Amtsanwaltsstellen im Hauptamte bis jetzt keine etatsmäßigen Mehrkosten ergeben hätte, da dafür ein Fonds im Etat vorhanden sei. Man prüfe auch weiter immer genau, wo neue Amtsanwaltsstellen im Hauptamte nöthig seien und schaffe sie dann dort. Fiskalische Gründe spielen hierbei keine Rolle.

Abg. **Knebel** (nl.) beklagt den Rückgang der Thätigkeit der Schiedsmänner in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Die Zahl der durch Schiedsmänner zustande gekommenen Vergleiche in Beleidigungssachen gehe von Jahr zu Jahr zurück. Vielleicht allerdings sei auch die Statistik darüber eine mangelhafte.

Minister **Schönstedt** erwidert, daß allerdings auch die Regierung seit einer Reihe von Jahren zu ihrem Bedauern hat feststellen müssen, daß die Wirksamkeit der Schiedsmänner in allen Fällen zurückgegangen ist, wo die Thätigkeit des Schiedsmannes keine obligatorische ist.

Beim Kapitel: Besondere Gefängnisse bemerkt

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.), daß seiner Ansicht nach das ganze Gefängnißwesen der Justizverwaltung unterstellt werden müsse, wie es schon in vielen anderen Staaten und sogar auch in Rußland geschehen sei.

Minister **Schönstedt** erwidert, daß seit langer Zeit Einverständniß im Staatsministerium bestehe, daß der gegenwärtig bestehende Dualismus auf dem Gebiete des Gefängnißwesens nicht wünschenswerth sei, daß vielmehr das ganze Gefängnißwesen in einer Hand vereinigt werden müsse, doch sei man immer noch nicht schlüssig geworden, ob es dem Justizministerium oder dem Ministerium des Innern unterstellt werden solle. Die Sache sei jetzt im Fluß. Ein Votum des Ministeriums des Innern liege schon vor und ein Votum des Justizministeriums komme bald zum Beschlusse, so daß die Sache bald geregelt sein werde.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) meint, die Hauptsache sei, daß das Gefängnißwesen einem Ressort unterstellt werde; welches das Ressort sein solle, diese Frage stehe erst in zweiter Linie.

Abg. **Brüll** (fk.) bedauert, daß in dieser Frage noch ein solcher Gegensatz in den Ministerien bestehe.

Abg. Dr. **Stephan** (Ctr.) wünscht die Anstellung eines ständigen Gefängnißgeistlichen im Gefängnisse zu Beuthen.

Minister **Schönstedt** erwidert, darüber fänden Erhebungen statt. Die laufenden Ausgaben werden darauf bewilligt.

Zum Extraordinarium wird auf Antrag der Kommission, nachdem sich Justizminister **Schönstedt** damit einverstanden erklärt hat, die geforderte erste Rate von 60,000 M. für den Umbau des zu dem fiskalischen Schlosse in Querfurt gehörigen sogenannten Fürstenhauses behufs Verwendung als amtsgerichtliches Geschäftsgebäude und zum Neubau eines amtsgerichtlichen Gefängnisses auf dem gedachten Grundstück gestrichen.

Des weiteren wird auf Antrag der Kommission gestrichen die erste Rate von 80,000 M. zum Neubau eines amtsgerichtlichen Geschäfts- und Gefängnißgebäudes in Mansfeld.

Der Rest des Extraordinariums wird nach unerheblicher Debatte genehmigt. Hiermit ist der Justizetat erledigt.

Es folgt die Berathung des Etats der Gestütsverwaltung.

Bei den „Einnahmen" ersucht

Abg. **Herold** (Ctr.) den Minister, den Wünschen der Bevölkerung Westfalens Rechnung zu tragen und die Sprung- und Füllengelder so zu regeln wie in Celle.

Oberlandesstallmeister Graf **v. Lehndorff** erklärt, daß bereits ein Versuch in dieser Hinsicht gemacht ist, der sich aber nicht bewährt hat.

Bei den Ausgaben weist

Abg. **v. Mendel-Steinfels** (kons.) darauf hin, daß der Landwirth auf die Wiederaufnahme der Pferdezucht angewiesen ist, seitdem sich der Getreidebau nicht mehr rentirt. Der Bedarf an Pferden in Deutschland sei gestiegen, aber die Produktion könne nicht gleichen Schritt halten. Namentlich müßten jetzt viele Arbeitspferde aus dem Auslande bezogen werden, in diesem Punkte müßte qualitativ und quantitativ mehr geleistet und vor allem auf ein geeigneteres Wärterpersonal Bedacht genommen werden. In Rücksicht darauf, daß es sich um eine wichtige volkswirthschaftliche Frage handelt, sollten auch die Genossenschaften mehr als bisher unterstützt werden. Ebenso sei auf eine Besserung des Stutenmaterials Bedacht zu nehmen, das heute unter aller Kritik sei. Vor allem müsse bei der Züchtung die heterogene Kreuzung vermieden werden. Redner wünscht ferner die Einrichtung eines Quarantänestalls für die Provinz Sachsen und bessere Entlohnung der Gestütswärter.

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein** giebt zu, daß Deutschland seinen Pferdebedarf nicht selbst deckt, da es sich nach seiner natürlichen Beschaffenheit vielmehr für Rindvieh- und Schweinezucht eignet. Dazu kommt, daß es schwer hält, das für die Pferdezucht geeignete Dienstpersonal zu bekommen. Ein Hinderniß für die Entwicklung der Pferdezucht sei es auch, daß es immer schwieriger wird, hervorragendes Hengstmaterial zu bekommen; aber nicht der Vater allein macht das Fohlen, sondern auch die Stute muß das Ihrige dazu hergeben. Der Anregung, einen Quarantänestall in Sachsen einzurichten, werde ich Folge leisten und im nächstjährigen Etat eventuell darauf Rücksicht nehmen. Vor allem wichtig für die Förderung der Pferdezucht ist die Aufstellung geeigneter Vaterthiere, und darauf wird die Staatsregierung besonders Bedacht nehmen. Der Minister verliest ferner den Bericht der Kriegsverwaltung über das zu Remontezwecken verwandte Pferdematerial. Dasselbe werde immer besser, ein Sechstel unserer Remonten komme direkt von Vollbluthengsten, die sich ganz besonders gut bewährt haben. Die landwirthschaftliche Verwaltung lasse sich die Förderung der Pferdezucht besonders angelegen sein, sowohl zur Förderung der allgemeinen wirthschaftlichen Interessen, als auch um unser Vaterland unabhängig vom Auslande zu machen.

Abg. **Kullak** (kons.) wünscht, daß auf die Remontezucht mehr Rücksicht genommen wird.

Abg. Frhr. **v. Dobeneck** (kons.) führt aus, daß uns namentlich Halbbluthengste fehlen. Das sei der Grund, weshalb Brandenburg aus der Liste der Remonteprovinzen gestrichen sei.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **v. Werdeck** (kons.), des Geheimraths **Thiel**, des Abg. **v. Plettenberg-Mehrum** (kons.), des Landwirthschaftsministers Frhr. **v. Hammerstein** und des Abg. **v. Mendel-Steinfels** werden die Besoldungen und die anderen persönlichen Ausgaben bewilligt.

Bei den sächlichen Ausgaben weist

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein** die gelegentlich gegen die Verwaltung von Trakehnen erhobenen Vorwürfe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18970222027/fragment/page=0001

zurück, als siehe die dortige Pferdezucht nicht auf der Höhe der Zeit.

Abg. **v. Puttkamer-Plauth** (kons.) wünscht eine Unterstützung der Pferdezucht in der Provinz Westpreußen.

Abg. Dr. **Schnaubert** (kons.) betont, daß der Rückgang der Pferdezucht in Trakehnen unbestreitbar sei.

Der Rest der dauernden Ausgaben wird nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Bei den außerordentlichen Ausgaben beantragt

Frhr. **v. Dobeneck** (kons.), die Summe von 126,400 M. für den Neubau von Familienwohnhäusern bei dem Hauptgestüt Trakehnen auf die Hälfte herabzusetzen.

Nach kurzer Debatte, an der sich außer dem Antragsteller der Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein**, die Abgg. Dr. **Schnaubert** (kons.), **Gamp** (fk.), **v. Sanden** (nl.), **v. Arnim** (kons.) und **Wolfbrecht** (nl.) betheiligen, wird die Position von 126,400 M. bewilligt, womit der Antrag Dobeneck hinfällig ist.

Der Rest des Extraordinariums wird debattelos bewilligt.

Damit ist der Etat der Gestütsverwaltung erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Kleine Vorlagen, darunter das Lehrerbesoldungsgesetz.)

Schluß 4½ Uhr.

Provinzialnachrichten.

C. **W. Löbejün**, 21. Febr. [Geflügel-Ausstellung. — Versetzt.] Die IV. Geflügel-Ausstellung des hiesigen Geflügelzüchtervereins wurde heute mittag 1 Uhr durch den Bürgermeister Ebeling eröffnet. Den Vorsitz für das Preisrichteramt führten die Herren O. Hoffmann-Aschersleben und H. Lohmann-Köthen i. Anh. Den I. Preis erhielten auf Enten: R. Tarlatt-Nauendorf; auf Goldfasanen: W. Depenbrock-Löbejün, auf Hühner: W. Stephan-Löbejün, F. Saalmann-Verdershausen, drei erste Preise, F. Hack-Löbejün, F. Bachmann-Löbejün, R. Tarlatt-Nauendorf; F. Schreck-Bernburg. Der II. Preis wurde folgenden Ausstellern zuerkannt: auf Enten: W. Jänicke-Löbejün und Tarlatt-Nauendorf, auf Truthühner: Tarlatt-Nauendorf; auf Hühner: W. Jänicke-Löbejün (2 mal), K. Schneider-Köthen, P. Eckardt-Löbejün, K. Welsch-Wieskau, W. Belger-Verdershausen, O. Hoffmann-Lettewitz (2 mal), R. Winterfeld-Löbejün, Schreck-Bernburg, Enders-Nienburg; auf Tauben: Schreck-Bernburg, Steppin-Löbejün, Saalmann-Verdershausen (2 mal), W. Jänicke-Löbejün, Tarlatt-Nauendorf (4 mal), C. Maie-Priester; auf Kanarien: G. Göricke-Dalena. Außerdem erhielten noch 45 Aussteller „lobende Anerkennung". Gleichzeitig waren u. a. ausgestellt eine Bruteierversandkiste von B. Brinker-Osterkappeln, Geräthe von M. Reuser-Berlin und Spratt's Patent. Die Ausstellung war heute zahlreich besucht. Nächsten Dienstag findet die mit der Ausstellung verbundene Verloosung statt. — Herr Provinzial-Vikar Nettig ist von hier nach Eisleben versetzt worden.

*, *** Weißenfels**, 21. Febr. [Gauturntag.] Heute vormittag 10 Uhr trat im Schützenhause der Gauturntag des Nordostthüringer Gaues zusammen, zu dem 111 stimmberechtigte Vertreter entsandt sind. Aufgenommen wurden dreizehn Turnvereine: „Vesta"-Goddula, „Teutonia"-Weißenfels, Wettin a. S., Lützen, Brachstedt bei Niemberg, „Jahn"-Wallwitz a. W., „Frisch auf"-Groß-Corbetha, Dobigau bei Goseck, Schkorlleben bei Groß-Corbetha, Nauendorf (Saalkreis), „Gut Heil"-Keußchberg, Könnern a. S. und „Vater Jahn"-Heideburg. Dieselben wurden durch ein kräftiges dreifaches „Gut Heil" willkommen geheißen. Auf den Antrag von Ebner-Halle hin wird beschlossen, zum Angerstein-Denkmalsfonds 50 M. aus der Gaukasse zu entnehmen. Der Gau zählt 97 Vereine mit 5123 Mitgliedern. Die Turnplätze besuchten im Jahre 1885 61,000, 1892 114,000, 1893 120,000, 1894 140,600, 1895 140,100 und 1896 155,932 Turner. Es ist also in der Turnsache ein erfreuliches Aufblühen zu erkennen. Der Gauvertreter wendet sich in seinem Schlußworte besonders gegen das in manchen Vereinen überhandnehmende Veranstalten von Vergnügungen und bittet eindringlichst um deren Einschränkung, um so die Turnsache immer mehr zu heben. Der Gauturnrath setzt sich zur Zeit zusammen aus den Herren: Bethmann-Langendorf, Ebner-Halle, Schnurpfeil-Merseburg, Gerhardt-Weißenfels, Benneke-Merseburg und Reuter-Halle. Der Gau ist in vier Bezirke getheilt, denen folgende Herren vorstehen: Löffler-Halle, Weber-Cröllwitz, Schnurpfeil-Merseburg und Stoppe-Naumburg. Die folgenden, aus Gauvereinen vorliegenden Anträge fanden allesammt Ablehnung: a) Vom Männer-Turnverein Teuchern: „Zu dem Gaue dahin zu wirken, Bezirksturnfeste einzuführen." b) Vom T.-V. „Friesen"-Bibra a. U.: „Das Geld für die Vorturner zu den Gauvorturnerstunden ist aus der Gaukasse zu zahlen." c) Vom T.-V. „Friesen"-Naumburg a. S.: „Der Gauturntag möge beschließen: Das bei dem Wetturnen auf Gauturnfesten stattfindende zweiklassige Verfahren für die Zukunft in Wegfall zu bringen." Als Ort für das XVII. Gauturnen wurde Könnern a. S. mit 66 Stimmen gewählt, auf Halle fielen 21 und auf Leuchtstadt 20 Stimmen. Um eine einheitliche Turnsprache im Gau herbeizuführen, entscheidet sich die Versammlung dafür, als grundlegend nach dieser Hinsicht die Leitfäden von Pohley und Voigt (für Gerätheübungen) und Pahrig (für Ordnungs- und Stabübungen) fortan zu gebrauchen. Der Geschäftsbericht der Gau-Unfallkasse weist für das Jahr 1896 53 Unfälle nach, für welche an Entschädigungen 606 M. gezahlt wurden.

* **Zeitz**, 20. Febr. [Bienenausflug.] Der gestrige Nachmittag mit seiner stillen Luft und 8 bis 9 Gr. Réaumur im Schatten bot den Bienenvölkern, die seit 4 Monaten in ihre Wohnungen gebannt waren, die erste günstige Gelegenheit zu einem Ausfluge in diesem Jahre dar. Die Völker sind wohl auf allen gut bewirthschafteten Ständen bis jetzt glücklich durch die böse Winterszeit gekommen, doch giebt es auch Stände, wo sich schon Ruhr oder ruhrähnliche Zustände zeigen, oder der Hungertod seinen Einzug gehalten hat.

pf. **Oberröblingen**, 21. Febr. [Verschüttet.] Auf den Riebeck'schen Montanwerken in Stetten wurde in der Sonnabend-Nacht der Bergmann Richard Beßler verschüttet und nach anderthalb Stunden todt herausgebracht. Ein Kamerad wollte ihn retten, mußte jedoch, da das Gebirge nachstürzte, flüchten.

□ **Erfurt**, 20. Febr. [Eine prinzipielle Entscheidung] hat die hiesige Regierung gefällt. Im nahen Orte Hochheim soll ein katholisches Pfarrhaus gebaut werden. Die katholische Gemeindevertretung hatte die Absicht, die auf 20,000 M. berechneten Baukosten von der gesammten politischen Gemeinde tragen zu lassen, die Regierung verfügte indessen, daß das Geld lediglich von der (katholischen) Kirchengemeinde aufgebracht werden müsse.

b **Erfurt**, 21. Febr. [Ein drolliger Rechtsstreit.] Ein hiesiger Restaurateur hatte sich zur Zeit des Schnees von einem Modelleur, der bei ihm Gast, eine Bismarck-Büste von Schnee herstellen lassen. Sie erhielt ihren Standort im Garten, und zur Ansicht wurde in den hiesigen Blättern eingeladen. Eines Abends wurde nun das Schaustück von einem Gaste muthwilliger- oder fahrlässigerweise zertrümmert und der Eigenthümer — des Schnees? — will daraufhin den Missethäter strafrechtlich verfolgt wissen; letzterer behauptet dagegen, daß der „Schnee" Niemandem gehöre, er wäre doch bald zerflossen. Man darf gespannt sein, ob bei diesen Umständen der Strafrichter Sachbeschädigung als vorliegend erachten wird.

□ **Erfurt**, 21. Febr. [Auch ein Grund zum Selbstmord.] Rentier Wisser in Gattedt, ein etwa 50 Jahre alter Mann, verheirathet, jedoch kinderlos, hatte mit einer Wittwe im Orte ein Liebesverhältniß angeknüpft, dem ein Kind entsprossen. Die Wittwe verklagte, als sie keine Unterstützung erhielt, den Vater ihres Kindes und dieser wurde vorgestern vom hiesigen Amtsgericht zur Zahlung von 2000 M. Alimentengelder verurtheilt. Das Urtheil und der drohende Geldverlust ärgerte den reichen Mann so sehr, daß er sich erhängte.

K. **Erfurt**, 21. Febr. [Der Zusammenstoß zweier Güterzüge,] den wir schon gestern kurz gemeldet, ist vermuthlich auf unrichtige Weichenstellung zurückzuführen. Der 22 Jahre alte Rangirarbeiter Schiffler, einziger Sohn des Lampiers Schiffler in Hochheim bei Erfurt, wurde von der Maschine, die dem Rangirzuge in die Flanke fuhr, im wahren Sinne des Wortes in Stücke gerissen. Der Materialschaden, namentlich an der Maschine, ist ganz unbedeutend.

* **Ermsleben**, 21. Febr. [Tödtlicher Sturz.] Beim Ausputzen von Pflaumenbäumen stürzte gestern der Gärtner Friedrich Kersten so unglücklich sammt der Leiter, auf der er stand, zur Erde, daß er einen Schädelbruch erlitt und bereits heute verstarb.

† **Nordhausen**, 20. Febr. [Don Juan.] Nach sechsjähriger Ehe hat hier ein Cigarrenmacher seine Gattin im Stich gelassen. Doch nicht liebeleer wollte sein Herz bleiben, als er den Staub Nordhausens von den Füßen schüttelte. Eine andere weibliche Ehehälfte, die schon 10 Jahre lang himmlische Rosen ins irdische Leben des Freundes flicht und webt, will ihn hinfort begleiten auf allen seinen Pfaden. Der minnedurstige, abwechselungssüchtige Ausreißer hinterließ einen Zettel mit der Aufschrift: „Ich kann meinen Liebling nie verlassen." Wo das Pärchen die Flitterwochen verlebt, ist noch nicht bekannt geworden.

‖ **Aus der Altmark**, 20. Febr. [Ein arges Bubenstück] ist auf hiesiger Feldmark verübt worden. Man fand nämlich mehr als vierzig Vögel, darunter mehrere Fasanen, vergiftet auf. Man vermuthet, daß ein Rachecht vorliegt, und bringt den Vorfall mit einer hier schwebenden Wilddieberei-Angelegenheit in Verbindung.

[Ordensverleihung.] Dem Ober-Forstmeister Frhrn. v. Salmuth zu Magdeburg ist die Erlaubniß ertheilt zur Anlegung des ihm verliehenen Ehrenkreuzes 2. Klasse des Fürstl. schaumburg-lippischen Haus-Ordens.

---

* **Weimar**, 20. Febr. [Auf dem Handelsmarkt für Saatgetreide,] Saatkartoffeln, Klee- und Gemüse-, sowie Rüben- und Runkelsamen, Hülsenfrüchte, Knollengewächse und alle sonstigen Sämereien, der heute hier stattfand, sind als hervorragend zu bezeichnen von: A. Kirsche, Landwirthschaftliches Saatzuchtgut Pfiffelbach, Kartoffeln; Heidenreich, Rittergut Oberweimar, desgl.; G. Kleine, Pfiffelbach, Kartoffeln und Rüben; Heinr. Hof, Hopfgarten, Hülsenfrüchte; C. Knabe, Weimar, Kartoffeln; C. F. Spät, Weimar, desgl.; Oberamtmann John, Gaberndorf, Sommersaaten; Lochmann, Rittergut Wallichen, Sommerweizen; Oberamtmann Wagener, Oberweimar, Bordeaux-Sommerweizen; Herm. Grosch, Weimar, Sämereien; Wiegand, Stadtgut Weimar, Sommerweizen, Dotter und Hafer; Kommerzienrath Louis Döllstädt, Weimar, J. G. W. Rotsch, Weimar, Fritz Türk, Weimar, H. Breitung, Weimar, sämmtlich Sommergetreide und Hülsenfrüchte in vorzüglichster Güte. Interessant war unter den Sämereiausstellungen eine sehr reichhaltige Auswahl von Gemüse- und Blumensämereien, deren jede Probedüte auf der Vorderseite die getreue Abbildung der betreffenden Blüthe und auf der Rückseite die Kulturangabe enthielt. Ferner waren originell kleine Knollen von Glücksklee, sowie die Pflanze von einer knollentragenden Riesenstangenbohne; auch eine Anzahl Georginenknollen waren beigegeben. Alle diese Gegenstände hatte die Handlung für Samen- und Pflanzenkulturen von Alfred Hoede, Erfurt, eingeliefert.

z. **Zerbst**, 21. Febr. [Volksbrausebad.] Wenn Zerbst demnächst ein Volksbrausebad hat, dann verdankt es diese Wohlthat der Militärverwaltung. Und das kam so: Die neue Kaserne hat ein gut eingerichtetes Brausebad, und nun wünscht die Militärverwaltung für die eine Compagnie in der alten Kaserne eine gleiche Einrichtung. Dies schien dem Gemeinderath etwas zu viel zu werden, und er hat deshalb beschlossen, im Mittelpunkte der Stadt ein Volksbrausebad einzurichten, welches dann zur Mitbenutzung der Mannschaften in genannter Kaserne freigegeben werden soll. Damit wird jedoch die Militärverwaltung nicht einverstanden sein; sie will jedenfalls die Bequemlichkeit des Badens für die Soldaten im Hause selbst haben, sonst würde sie ja die eine Compagnie zum Baden nach der 8 Minuten entfernten neuen Kaserne schicken.

§ **Gotha**, 20. Febr. [Betreffs der Bestattung Mitterwurzer's] steht nunmehr fest, daß die Verbrennung hinausgeschoben ist, weil die Wittwe sich von der wiener katholischen Geistlichkeit einschüchtern ließ. So steht denn der Sarg Mitterwurzer's immer noch im offenen Erdgrabe auf Friedhof V hier und wartet der Entscheidung aus Wien, ob er endgiltig in der Erde belassen oder wieder herausgehoben und dem mündlich geäußerten Wunsch des Verstorbenen gemäß dem Verbrennungsofen übergeben werden soll. Erhebend ist dieses auf schwächliche Kompromißlust und frauenhafte Inkonsequenz zurückzuführende Vorkommniß gerade nicht. Nach dem Dafürhalten Vieler brauchte der Stadtrath einen solchen Aufschub gar nicht zu bewilligen, sondern hätte die zwecks ihrer Verbrennung hierher übermittelte Leiche einfach dem Krematorium behufs sachgemäßer Behandlung übergeben sollen. Es berührt auf das peinlichste, daß um die Leiche des berühmten Meisters deutscher Schauspielkunst ein solcher Streit entstehen konnte.

Sf. **Neustadt** (Orla), 21. Febr. [Feuer.] Heute früh ½4 Uhr weckten die Schläge der Feuerglocke die hiesigen Einwohner aus dem Morgenschlummer. Es brannte das Fabrikgebäude des Lederfabrikanten Rudolf Ehrhard in der Gerberstraße. Die Gebäude der Gerberei sind fast vollständig zerstört, während die Gerberei-anlagen von Wittwe Otto Krahner und Ehrich Rockstätschel weniger stark beschädigt wurden.

S. **Leipzig**, 21. Febr. [Stadtanleihen. — Irren-Siechenhaus. — Direktor Mabach †. — Beitrag.] Die Umwandlung der Leipziger Stadtanleihen aus den Jahren 1876 und 1884 ist nun auch vom Rathe genehmigt worden. — Entsprechend der Nothwendigkeit plant die städtische Verwaltung die Erbauung eines großen Irren-Siechenhauses. — Der gestern erfolgte Heimgang des Direktors der Leipziger Kreditbank, Mabach, hat zahlreiche Trauerkundgebungen aus den Kreisen der sächsischen Kredit- und Handelswelt zur Folge gehabt. Der Verblichene hat sich von unten herauf, aus kleinen Anfängen, zu einer respektablen Stellung emporgearbeitet; sein Andenken wird namentlich von den Gewerbetreibenden allezeit in Ehren gehalten werden. — In dem Städtchen Hohenstädt i/Th. suchen die Tischechen immer mehr Boden zu gewinnen. In jüngster Zeit ist ein tschechisches Privatgymnasium dort errichtet worden. Demgegenüber regen sich auch die Deutschen, indem sie zur Errichtung einer Deutschen Gewerbeschule die Volksgenossen auffordern. Die Stadt Leipzig hat in Ansehung des Zweckes einen Beitrag von 500 M. für die Deutsche Gewerbeschule in Hohenstädt bewilligt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Cröllwitzer Aktien-Papierfabrik. In einer am Sonnabend abgehaltenen Aufsichtsrathssitzung wurde der Abschluss für das erste Semester des Geschäftsjahres 1896/97 vorgelegt. Der Gewinn ist grösser als in dem entsprechenden Semester des vorigen Geschäftsjahres. Die Produktion ist gestiegen und die Aufträge sind reichlich.

— Muthungen auf Soolquellen im Reg.-Bez. Magdeburg. Vom Königl. Oberbergamt Halle ist neuerdings dem Preussischen Bergfiskus z. H. des Königl. Bergraths Köbrich in Schönebeck in Vollmacht des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten auf Grund der eingelegten Muthungen in 5 Feldern von je rund 2,000,000 qm das Bergwerkseigenthum verliehen zur Gewinnung der in den Feldern vorkommenden Soolquellen. Die Felder sind belegen in den Gemarkungen Egeln, Tarthun, Wolmirsleben, Schneidlingen, Athensleben, Atzendorf und Unseburg und sind benannt: Igrek-Igrek Sigma

Igrek, Sigma, Sigma-Tau, Omega und Rho.

— Porzellanfabrik Kahla. Die 200,000 M. neuen Aktien, die am Erträgniss bereits voll theilnehmen, wurden zu 200 Proz. begeben. Das Agio abzüglich Kosten etc. floss der Reserve zu, die sich dadurch auf 327,499 M. gleich 21,83 Proz. des Aktienkapitals erhöhte. Der Betrag des Extra-Abschreibungsfonds mit 25,000 M. wurde auf Formen und Modelle abgesetzt, ferner werden die im Vorjahre zur Verwendung ins Unternehmen zurückgestellten 50,000 M. auf Neubauten abgeschrieben und endlich dienen 91,925 M. zu regulären Abschreibungen aus dem Betriebsüberschuss. Danach verbleibt ein Reingewinn von 543,264 M. (895 373,260 M.), wovon 330,990 M. als Dividende von 22 Proz. (1895 20 Proz.) und 45,168 M. als Tantième vertheilt und 150,000 M. (1895 50,000 M.) zur Verwendung in das Unternehmen zurückgestellt werden sollen. Die Extra-Rückstellung hält die Verwaltung für geboten, da die fortgesetzte Erweiterung der Fabriken verstärkte Betriebsmittel und Bauaufwendungen erfordert.

— Hamburger Strassenbahn. Offiziell wird bekannt, dass die Verwaltung eine Kapitalserhöhung im Jahre 1897 nicht beabsichtigt. Das bezügliche Gerücht ist dadurch entstanden, dass die Direktoren früher mittheilten, nach dem Voranschlag erfordere die Einführung des elektrischen Betriebes 8 Millionen M. und hierzu würden 4,200,000 M. aufgenommen, während der Restbetrag der Kosten durch den Agiogewinn und Abschreibungen gedeckt werden solle.

— Der Abschluss der Deutschen Genossenschafts-Bank von Soergel, Parrisius & Co. zeigt einen Gewinn von 1,422,502.04 M. gegen 1,403,702.25 M. 1895. Der Aufsichtsrath beschloss, wieder eine Dividende von 6 Proz. vorzuschlagen.

— Dividenden. Die Verwaltung der Baugesellschaft Moabit schlägt 5 Proz. vor (3 Proz. in 1895). — Der Aufsichtsrath der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Stöver in Stettin beschloss 12 Proz. in Vorschlag zu bringen. — Der Aufsichtsrath der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei beschloss 20 Proz. Dividende. — Deutsche Dampfschifffahrts-Gesellschaft „Kosmos" 11 Proz. (8 Proz. im Vorjahre). — Nach der B.-Ztg. beabsichtigt der Aufsichtsrath der Stettiner Maschinenbau-Gesellschaft Vulcan 8 Proz. Dividende vorzuschlagen. — Der Aufsichtsrath der Sächsischen Bank beschloss eine Dividende von 5¾ Proz vorzuschlagen.

— Zahlungseinstellungen. Die Webereifirma Ludwig in Greiz war infolge beträchtlicher Verluste in Indien vor einigen Tagen in Zahlungsschwierigkeiten gerathen. Man glaubte, einen Vergleich zustande bringen zu können, aber es musste der Konkurs eröffnet werden. Die Passiven betragen etwa 200,000 M., die Aktiven rund 120,000 M. Bevorrechtigte Forderungen 60,000 M.

London, 20 Febr. (Goldminen-Kurse in Pfd. Sterl. Telegramm der Firma Schöber & Dönitz, Dresden). Schlusskurse vom 20. Febr. Süd-Afrik. Minen: Angelo 3,44. Crown Reef 9,75, Eastrand 3,18, Geldenhuis Deep 3,25, George Goch 1,31, Henry Nourse 5,62, Langlaagte Estate 4,00. May consolidated 1,87, Meyer & Charlton 5,00, Modderfontein 2,37, Nigel 1,50, Rand Mines 20,12, Randfontein 1,87, Sheba 1,87, Transvaal Gold 3,25, United Roodepoort 3,62, Van Ryn New 2,62, Wolhuter 4,03. Süd-Afrik. Land-Ges.-Chartered 2,18, Exploration (New) 2,06, Mashonald Agency 1,81, Matabele Gold Reefs 3,50, Willoughby Cons. 1,18. Australische Ges.: Associated Gold Mines 2,50, Brilliant Block 0,62, Cons. Goldf of N Zeal 2,37, Fingall Reefs Exten-d 0,34, Gibraltar Consol. 1,25, Golden Cement Claims 0,31, Great Boulder 7,06, Great Fingall Reefs 0,34, Hampton Plains 2,06, Hannan's Brown Hill 6,56, Hannan's Oroya 1,25, Lond. & Cont. Inv. Corp. ⅛ dis, Lake View South 1,50, Mount Morgan 3,56, North Boulder 0,87.

Rio de Janeiro, 19. Febr. [Telegr.] Wechsel auf London 8⁹⁄₁₆.

Buenos Ayres, 20. Febr. [Telegr.] Goldagio 2.9.00.

* New York, 16. Febr. Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrugen 9,421,123 Dollars, gegen 10,771,850 Dollars in der Vorwoche; davon für Stoffe 2,758,904 Dollars gegen 3,185,910 Dollars in der Vorwoche.

Verloosungen.

Freiburger 10-Frcs.-Loose vom Jahre 1879. Ziehung am 15. Februar. Gezogene Serien: Nr. 1 32 352 637 766 768 889 2035 2040 2109 2142 2495 2691 2824 3027 3351 3942 4105 4116 4160 4228 4281 4823 4837 5059 5192 5391 5514 5746 5923 6847 6978 7165 7179 7807 7820 8173 8310 8346 8535 9038 9173 9218 9674 9686 10556 10590. Prämien-Ziehung am 1. März.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 20. Febr. [Telegr.] Rother Winterweizen 90½, Weizen Februar 84, März 84⅞, Mai 82½, Juli 80¼, Mais Februar 29⅝, Mai 30⅛, Juli 31½, Mehl 3.60, Getreidefracht 2½.

Chicago, 20. Febr. [Telegr.] Weizen Februar 75⅛, Mai 76½, Mais Februar 22¼.

* Nordhausen, 20. Febr. Weizen 13,50—15,00 M., Roggen 12,00—12,50 M., Gerste 11,50—13,50 M., Hafer 11,50—12,50.

* Hamburg, 20 Febr. Weizen loco befestigt, holsteinischer loco 168 172 Roggen loco befestigt, mecklenburgischer loco 124 bis 130, russischer loco ruhig, 86 bis 88. Hafer ruhig, Gerste ruhig.

* Stettin, 20. Febr. Weizen 163—165, Roggen 119—121, Hafer 128—133.

* Wien 20. Febr. Weizen per Frühjahr 8,34 Gd., 8,35 Br., Mai-Juni 8.30 Gd., 8.31 Br. Roggen per Frühj. 7,01 Gd., 7,03 Br., do per Mai-Juni — — Gd., — — Br. Hafer per Frühjahr 6,55 Gd., 6,55 Br.

* Pest, 20. Febr. Weizen loco steigend, per Frühjahr 8.08 Gd., 8,09 Br., per Mai-Juni 8,06 Gd., 8,07 Br., per Herbst 7,4 Gd., 7,56 Br. Roggen per Frühj. 6,70 Gd., 6,72 Br. Hafer per Frühj. 6,14 Gd., 6,16 Br.

* Amsterdam, 20. Febr. Weizen auf Termine fest, do. per März 190, do. per Mai 186. Roggen loco —, do. auf Termine fest, do per März 103, do. per Mai 104, do. per Juli 104.

* Antwerpen, 20. Febr. Weizen steigend, Roggen behauptet, Hafer behauptet, Gerste fest.

Zucker.

* Paris, 20. Febr. (Schluss) Rohzucker ruhig, 88° loco 24¾—25, Weisser Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 kg. per Febr. 26⅜, per März 26⅝, per März-Juni 26½ per Mai-Aug. 27⅜.

* London, 20. Febr. 96° Javazucker 11¼ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9⁹⁄₁₆ ruhig. Centrifugal Cuba —.

Kaffee.

* Hamburg, 20. Febr. Kaffee fester, Umsatz 3000 Sack.

* Hamburg, 20. Febr (Vormittags-Bericht) Good average Santos, per März 49¼ G., per Mai 49½ G., per Sept. 50½ G., per Dez. 50¾ G.

* Hamburg, 20. Febr (Nachmittagsbericht.) (Bericht der Hamb. Firma Joswich u Comp.) Kaffee good average Santos, per März 49¼, per Mai 49½, per Sept. 50½, per Dez. 50¾.

* Hamburg, 20. Febr. Abends 6 Uhr (Bericht der Hamb. Firma Joswich u Comp.) Kaffee good average Santos, per März 49 G., per Mai 49¼ G.

* Havre, 20. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u Co.) Kaffee good average Santos per per März 60,25, Mai 60,75, per Sept. 61,50 Behauptet.

* Amsterdam, 20. Febr. Java-Kaffee good ordinary 51.

Petroleum.

* Stettin, 20. Febr. Petroleum loco —.—.

* Hamburg, 20. Febr. Petroleum ruhig, Standard white loco 5,70 Br.

* Bremen, 20. Febr (Börsen-Schluss Bericht.) Raffinirt. Petroleum (Offiz Notirung der Bremer Petroleum Börse). Behauptet. Loco 5,80 Br.

* Antwerpen, 20. Febr (Schluss Bericht.) Raffinirtes Type weiss loco 18 bez. u. Br., per Febr. 18 Br., per März 18¼ Br., per April — Br. Fest.

* New York, 20. Febr. Petroleum Standard white in New York 6,30. do. in Philadelphia 6,25, do. rohes (in Cases) 7,09 do. Pipeline Certific. per März 91,50 nominell.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Hamburg, 20. Febr. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 57,00 Br.

* Bremen, 20. Febr. Schmalz Sehr fest. Wilcox 22 Pfg., Armour shield 22 Pfg Cudahy 23½ Pfg Choice Crocery 23½ Pfg., White label 23½ Pfg., Fairbanks — Pfg. Speck. Fest Short clear middling loco 22½ Pfg.

* Stettin, 20 Febr. Rüböl Fest. 55.25.

* Köln, 20 Febr Rüböl loco 60.00. per Mai 58.70.

* Pest, 20. Febr. Kohlraps per Aug.-Sept 10.95 Gd., 11,05 Br.

* Paris, 20. Febr. (Schlussbericht Rüböl behauptet, per Febr. 55¾, per März 55¾, per Mai-Aug. 56¼, per Sept.-Okt. 56½.

* Antwerpen, 20. Febr Schmalz per Febr. 50 Margarine ruhig.

* New York, 18. Febr. Schmalz Western steam 4,17, do. Rohe & Brothers 4,40.

Hülsenfrüchte.

* Leipzig, 20. Febr. Mais per 1000 kg netto amerikanischer 96 bis 98 M. bez. u Br. Bundmais 96—98 M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18970222027/fragment/page=0002